



BStU  
000002

BStU  
000003

Verteiler:

1. Gen. Irmeler
2. Gen. Kienberg
3. Gen. Schütt
4. Gen. Salewski (X)
5. AG 5
6. AG 6
7. Reserve (Gen. Mittag)

*Gen Coburger IX*

Ausführungen des Leiters der Delegation des MfS  
auf der multilateralen Beratung der Bruderorgane  
zu Problemen der Bekämpfung der ideologischen Diversion  
(Sofia, November 1983)

00000

BStU

000004

Werter Genosse

Werte Genossen der Delegationen der Bruderorgane!

Im Namen der Delegation des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik danke ich unseren bulgarischen Kampfgefährten sehr herzlich für die Einladung zu dieser Beratung, für den brüderlichen Empfang und die uns gewährte Gastfreundschaft. Mit der umsichtigen Vorbereitung und Organisation haben sie gute Bedingungen für den erfolgreichen Verlauf des Treffens geschaffen.

Ich bin beauftragt, allen Teilnehmern herzliche Kampfesgrüße des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED und Ministers für Staatssicherheit der DDR, Genossen Armee-general Erich Mielke, des Kollegiums und aller Angehörigen des MfS zu überbringen sowie allen Bruderorganen unseren herzlichsten Dank für die Unterstützung auszusprechen, die sie dem MfS der DDR in seinem Kampf gegen den Feind, gegen die Auswirkungen seiner subversiven Tätigkeit gewähren.

Besonderer Dank gilt den sowjetischen Freunden, die auch an dieser Front unseres gemeinsamen Kampfes den bedeutendsten Beitrag leisten.

Angesichts der bedrohlichen Verschärfung der internationalen Lage messen wir dieser erneuten gemeinsamen Beratung große Bedeutung bei.

Auch wir verspüren, daß die ideologischen Angriffe unter den Bedingungen des von Reagan verkündeten "Kreuzzuges gegen den Kommunismus" an Umfang und Schärfe bedeutend zugenommen haben. Mit der in nie gekanntem Ausmaß gesteigerten Propagierung der Bedrohungslüge, des Hochrüstungs- und Konfrontationskurses, der Boykott- und Sanktionspolitik, mit der Schürung einer regelrechten Kriegspsychose und der großangelegten propagandistischen Rechtfertigung der aggressiven, interventionistischen militärischen Aktionen der USA in den verschiedenen Regionen der Welt soll den Volksmassen - auch in unseren Ländern - das Vertrauen in ihre Kraft und Stärke genommen werden, dieser verhängnisvollen Politik des Imperialismus erfolgreich Widerstand leisten zu können. Faktisch sollen sie ideologisch entwaffnet werden und diesem imperialistischen Treiben fatalistisch zusehen.

Der barbarische Überfall auf Grenada offenbart ein weiteres Mal, wie skrupellos die USA und ihre Verbündeten vorgehen, um die internationale Situation - auch mit Waffengewalt - zu ihren Gunsten zu verändern.

Die von der Reagan-Administration im Zusammenhang mit Grenada erneut entfachte Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion, gegen Kuba und die anderen sozialistischen Länder unterstreicht nur unsere gemeinsame Feststellung:

00000

BStU  
000006

3 a

Gegen die sozialistischen Staaten wird im wahrsten Sinne des Wortes ein psychologischer Krieg geführt, der - als ein wesentlicher Bestandteil der Kreuzzugsstrategie - ununterbrochen weiter intensiviert wird.

Wir werden jedoch - wie bisher - unter Führung unserer Partei alles in unseren Kräften Stehende tun, um auch in Zukunft dem Feind keine Chance zu lassen. Durch die zuverlässige Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR unter allen Lagebedingungen werden wir dazu beitragen, daß der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat auch künftig seiner Verantwortung als stabiler Faktor des Sozialismus und des Friedens an der Trennlinie der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme in Europa gerecht wird.

Das betrachten wir zugleich als unsere internationalistische Pflicht, vor allem als Verpflichtung gegenüber der KPdSU und der UdSSR, die die Hauptlast in dem weltweiten Ringen um die Erhaltung des Friedens und für den gesellschaftlichen Fortschritt tragen, die dafür auch die größten Opfer gebracht haben und bringen.

Werte Genossen!

Die Lage in unserem Land wird - wie die Tagung des ZK der SED im Juni dieses Jahres einschätzte - von der **angestregten Arbeit der gesamten Partei und der Werktätigen** charakterisiert, die auf die **Stärkung des Sozialismus und die Erhaltung und Sicherung des Friedens** gerichteten Beschlüsse des X. Parteitagés auch unter den wesentlich veränderten außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Bedingungen zu verwirklichen.

Im engen Bruderbund mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern wird von unserer Republik und vom Generalsekretär unserer Partei, Genossen Erich Honecker, persönlich alles in ihren Kräften Stehende für die Durchsetzung der offensiven Friedenspolitik des Warschauer Vertrages getan.

000000

BStU  
000008  
5

Die volle Zustimmung der Werktätigen zu diesem Friedenskurs widerspiegelt sich vor allem in ihrem Kampf um die Erfüllung und Überbietung der volkswirtschaftlichen Ziel- und Aufgabenstellungen. Hierbei wurden bedeutende Ergebnisse erreicht, wenn auch noch komplizierte Probleme zu lösen sind.

Dem Gegner ist es nicht gelungen, seine auf die Destabilisierung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in unserem Land abzielenden Pläne und Absichten zu realisieren.

Die Macht der Arbeiter und Bauern wurde jederzeit zuverlässig gesichert, und die politisch-operative Lage ist stabil.

Dennoch ist eine bestimmte Zunahme der Wirksamkeit des Gegners - besonders seiner ideologischen Diversion - seit unserer letzten Beratung nicht zu übersehen.

Das resultiert vor allem aus der außerordentlichen Verschärfung der internationalen Lage, aus den vom Gegner in der VR Polen inszenierten konterrevolutionären Aktionen, aus seinen deutlich gesteigerten Hetz- und Verleumdungskampagnen, aus seiner Demagogie in Friedens- und Abrüstungsfragen, unter gezieltem Mißbrauchs des Interesses verschiedenster politischer Gruppen an der Erhaltung und Sicherung des Friedens sowie aus den wesentlich zielgerichteteren und intensiveren Versuchen imperialistischer Geheimdienste und anderer feindlicher Zentren und Kräfte zur Organisation einer inneren Opposition und politischer Untergrundtätigkeit in der DDR.

000007

BStU
000009
6

Ausgehend von den gefährlichen Tendenzen in der Entwicklung der internationalen Lage betrachten wir es als notwendig, uns auf eine weitere bedeutende Steigerung dieser ideologischen Angriffe und der gegnerischen Aktivitäten insgesamt, vor allem im Zusammenhang mit der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der BRD und den dann unausbleiblichen Gegenmaßnahmen unserer Länder, einzustellen.

Der Gegner hat unter Bezugnahme auf die am 24. Oktober 1983 von der Sowjetunion, der CSSR und der DDR angekündigten militärischen Gegenmaßnahmen bereits seine ideologischen Angriffe gegen unsere Republik und insbesondere ihre Politik zur Stärkung der Landesverteidigung beträchtlich erhöht.

Er versucht innere feindliche, oppositionelle und andere negative Kräfte gegen diese Maßnahmen zu aktivieren und ist bestrebt, weitere Personen mit seinen Parolen zu verwirren, sie gewissermaßen auf neutralistische Positionen zu drängen.

Unsere Partei schätzt ein, daß die übergroße Mehrheit der Werktätigen der DDR hinter diesen Maßnahmen der Partei und Regierung steht.

000008

BStU  
000010

G a

Dabei übersehen wir jedoch nicht, daß innere Feinde diese Maßnahmen zum Anlaß nehmen, um mit offen antisozialistischen Aktivitäten dagegen Front zu machen. Unter denen, die ihre ablehnende Haltung bekundeten, sind aber auch nicht wenige, die Angst vor der Kriegsgefahr haben bzw. die die damit möglicherweise verbundenen persönlichen Belastungen fürchten.

Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir darin - und auch hier zeigte die operative Praxis die Richtigkeit unserer Anstrengungen - die Diensteinheiten und Angehörigen unseres Ministeriums rechtzeitig auf die zu erwartenden massiven Versuche des Gegners zu orientieren, die in Madrid erzielten Übereinkünfte für seine subversive Tätigkeit gegen unsere Länder - und besonders auch gegen die DDR - zu mißbrauchen.

Wir gehen davon aus, daß es einerseits gelang, die Grundlagen des KSZE-Prozesses zu erhalten und durch die Einberufung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa auf Fragen der militärischen Entspannung auszudehnen.

Andererseits wurde im Interesse dieser übergeordneten Ziele jedoch auch weitgehenden Kompromissen zugestimmt, die zu entsprechenden Absichtserklärungen, besonders im humanitären Bereich und auf dem Gebiet der Kontakte und des Informationsaustausches geführt haben, die uns vor komplizierte Aufgaben stellen.



Bei allen aus Madrid erwachsenden schwierigen Problemen verschließen wir die Augen aber auch nicht davor, daß sich aus den abschließenden Ergebnissen natürlich auch günstigere Möglichkeiten für unsere gesamte offensive Arbeit eröffnen, die es ebenfalls klug zu nutzen gilt.

Wir richten unsere Arbeit vor allem auch darauf, die Partei noch stärker dahingehend zu unterstützen, allen Angriffen, die DDR der Nichterfüllung, der Nichtbefolgung der im Madrider Dokument enthaltenen Absichtserklärungen zu bezichtigen, einen Widerspruch zwischen der von ihr offiziell verkündeten und der praktizierten Politik zu konstruieren, die DDR in der internationalen Öffentlichkeit zu diskreditieren und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik der Partei- und Staatsführung zu untergraben, offensiv und wirksam entgegenzutreten.

Unsere Hauptanstrengungen sind darauf gerichtet, auch unter diesen veränderten Lagebedingungen die zuverlässige Sicherung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, politische Stabilität, eine hohe innere Sicherheit und Ordnung in unserer Republik insgesamt und in jedem Verantwortungsbereich zu gewährleisten und jegliche Überraschungen - sowohl von außen als auch im Innern - mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln auszuschließen.

Das gilt für uns um so mehr, da der Gegner nicht nur hartnäckig an den Versuchen der Destabilisierung und Schwächung des Sozialismus, der Schaffung von Bedingungen für antisozialistische Entwicklungen, der ideologischen Vorbereitung konkreter revolutionärer Prozesse, der Förderung und Aktivierung antisozialistischer Kräfte im Sinne der Schaffung einer "inneren Opposition" und der Organisierung politischer Untergrundtätigkeit in unseren Ländern festhält, sondern diese Versuche weiter verstärkt.

Als ein wesentliches Moment zeigt sich dabei nach unseren Erkenntnissen das Bestreben, die ideologische Auseinandersetzung, den Ideenkampf zunehmend auf das Territorium der sozialistischen Länder zu verlagern. Davon zeugt in besonderem Maße das uns allen bekannte Programm der berüchtigten Konferenz im Außenministerium der USA vom Herbst vorigen Jahres. Vor allem sollen die auf die innere Zersetzung der sozialistischen Staaten gerichteten Bestrebungen des Gegners insgesamt weiter gesteigert und immer stärkerer Druck auf die Partei- und Staatsführungen ausgeübt werden.

Vorliegenden Informationen zufolge unternimmt der Gegner unter diesen Aspekten verstärkte Anstrengungen zur noch besseren Koordinierung seiner Propagandatätigkeit gegen unsere Länder. Darin sieht er ein wesentliches Mittel, eine noch breitere Basis für die Durchsetzung seines strategischen Planes zu schaffen.

Wie Sie, werte Genossen, sehen auch wir uns mit wesentlich intensivierten, untereinander verflochtenen nachrichtendienstlichen und anderen Aktivitäten einer breiten Palette von Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräften des Gegners zur Erkundung und Analysierung der Lage in den sozialistischen Ländern und ihrer Entwicklung konfrontiert. Das geschieht vor allem mit dem Ziel, komplizierte Entwicklungsprobleme, Schwierigkeiten, bestimmte Schwachstellen, aber auch alle möglichen Fehler, Mängel und Unzulänglichkeiten, besonders auch solche, die wir selbst durch das Nichtbefolgen bzw. die ungenügende Realisierung der Parteibeschlüsse, durch politisch unkluges, inkonsequentes Handeln bis hin zu Verletzungen der objektiven Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus verursacht haben, zu erkennen und sie skrupellos für ideologische Angriffe, für die Erhöhung der Wirksamkeit der ideologischen Diversion, der Wühl- und Zersetzungstätigkeit insgesamt zu nutzen.

Nach unseren Erkenntnissen zeigt sich immer deutlicher das Bestreben des Gegners, durch die verstärkte Kombination von ideologischer Diversion, Wirtschaftskrieg und allen anderen Formen subversiver Angriffe noch zielgerichteter direkten Einfluß in der Arbeiterklasse unserer Länder zu erreichen.

Außerdem setzt der Gegner, in seinem Vorgehen gegen uns in noch stärkerem Maße auf die Inspirierung und das Hineintragen nationalistischer, antisowjetischer, revisionistischer, klassenindifferenter und neutralistischer Positionen, ist er bestrebt, das Vorhandensein solcher Auffassungen sowie vor allem pazifistische und religiös gebundene Kräfte, die aus echter Sorge um die Erhaltung des Friedens auftreten, für seine antisozialistischen Ziele zu mißbrauchen.

Eine Hauptstoßrichtung der ideologischen Diversion, der subversiven Angriffe des Gegners insgesamt bilden gegenwärtig die Versuche, unter dem Deckmantel des Kampfes für Frieden und Abrüstung und unter Ausnutzung der Möglichkeiten der Kirchen bei uns eine sogenannte staatlich unabhängige Friedensbewegung zu etablieren.

000013

Uns ist bekannt, daß der Gegner die politische Bedeutung dieser ihm vorschwebenden "Friedensbewegungen" in unseren Ländern nicht nur in der Zahl ihrer Mitglieder sieht, sondern vor allem in ihrer Existenz als solche. Würde ihm das gelingen, dann hätte er, so seine Spekulation, den Durchbruch im Sinne des politischen Pluralismus - und noch dazu auf einem entscheidenden Gebiet, das die gesamte Politik und besonders die Sicherheit der sozialistischen Staaten unmittelbar berührt - erreicht.

Von der Propagierung der Aktivitäten unter der Friedensflagge operierender feindlicher Kräfte und der durch die staatlichen Organe ergriffenen Gegenmaßnahmen verspricht sich der Gegner zum einen weitere negative ideologische Auswirkungen in unseren Ländern und zum anderen aber auch eine Verunsicherung und Beeinflussung der in der westlichen Friedensbewegung wirkenden verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte in seinem Sinne.

Dabei verfolgt er sowohl das Ziel, die Kräfte einer solchen Pseudofriedensbewegung in unseren Ländern zusammenzubringen und zu gemeinsamen, abgestimmten Aktionen zu führen als auch ihr Zusammenwirken mit von ihm gesteuerten Kräften in der westlichen Friedensbewegung im Sinne einer sogenannten blockübergreifenden Friedensbewegung zu erreichen.

Wir sind uns dessen bewußt, daß unsere Politik für den Frieden und gegen den Krieg, jedem - ungeachtet seiner weltanschaulichen Positionen und religiösen Bekenntnisse -

die Hand zu reichen, der für die Verhinderung eines nuklearen Infernos eintritt und eine breite Friedensfront zu schaffen, natürlich auch feindlichen Kräften Ansatzpunkte und Möglichkeiten bietet, unter Mißbrauch dieses unseres ehrlichen Strebens und Bemühens gegen uns wirksam zu werden.

In diesem Zusammenhang - gewissermaßen zur Illustration - einige kurze, uns notwendig erscheinende Bemerkungen zu bestimmten Aktivitäten der "Grünen" in der BRD und Westberlin.

Wir wissen, daß sie gegen die Stationierung der Atomraketen und weitere Rüstungsaktivitäten in der BRD und anderen westeuropäischen Staaten auftreten. Sie darin zu bestärken, betrachten wir als eine notwendige Aufgabe.

Diese Kräfte treten aber auch gegen die Verteidigungsmaßnahmen des Warschauer Vertrages auf, und in ihren Reihen betätigen sich militante Antikommunisten und exponierte Feinde der DDR.

Von bestimmten Kräften innerhalb der "Grünen" gehen massive Versuche aus, innere Feinde und reaktionäre kirchliche Amtsträger gegen uns zu mobilisieren, mit ihnen zusammenzuwirken und gegen uns gerichtete Maßnahmen zu organisieren. Es geht diesen Kräften gewissermaßen darum, eine - wie sie es nennen - "blockübergreifende Bewegung" zu schaffen, die sich gegen die UdSSR, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten richten soll.

Diese Bestrebungen werden mit aller Entschiedenheit unterbunden.

000018

BStU  
000017

12 a

Der Gegner sieht nach unseren Erkenntnissen die günstigste Chance für die Organisierung einer unter der demagogischen Flagge des Friedenskampfes wirkenden "inneren Opposition" in einem noch engeren Zusammenwirken solcher angeblichen Friedenskräfte mit reaktionären Kirchenkreisen in unseren Ländern. Durch seine Massenmedien und eine zielgerichtete Kontaktpolitik will er alle Anzeichen dafür aufgreifen und systematisch fördern.

Der Gegner will bei uns die Kirche zu einem Kristallisationspunkt bzw. Sammelbecken antisozialistischer Kräfte mit gesellschaftspolitischer, ideologischer Ausstrahlung entwickeln und ihr generell ein Mitspracherecht bei gesellschaftlichen Entscheidungen verschaffen.

Als einen weiteren wesentlichen Aspekt der Tätigkeit der Zentren der ideologischen Diversion werten wir die zunehmenden Versuche, sogenannte alternative Gesellschafts- und Ökonomiekonzepte der unterschiedlichsten Art in den sozialistischen Ländern zu verbreiten, die in ihrem Kern alle gegen die Partei, ihre führende Rolle, ihre Ideologie und die sozialistische Staatsmacht und Demokratie gerichtet sind.



300019

BStU  
000018  
13

Solche "alternativen" Vorstellungen und Theorien, die auf die Etablierung eines politischen und weltanschaulichen Pluralismus hinauslaufen, sollen in diesem Sinne als Ausgangspunkte und Programme der Feinde im Innern unserer Länder verbreitet und genutzt werden.

In diese und weitere Aktivitäten der Zentren der ideologischen Diversion werden zunehmend Parteien des Westens, Organisationen nichtstaatlichen Charakters, private Stiftungen und Einrichtungen, verschiedene Gesellschaften und, wie bereits erwähnt, die Kirche sowie antisozialistische Emigrantorganisationen, besonders Gruppen ausgewiesener Staatsfeinde, Renegaten und Verräter, einbezogen.

Werte Genossen!

Im Rahmen seines antikommunistischen Kreuzzuges hat der Gegner seine ideologische Diversion auch gegenüber unserer Republik wesentlich intensiviert. Scharfmacherische, auf offene Konfrontation und direkte Unterstützung feindlicher Kräfte zielende Töne nehmen zu. Immer unverhüllter zeigt sich die konterrevolutionäre, subversive Stoßrichtung der gegnerischen ideologischen Einflußnahme.



In wachsendem Maße werden wir mit Angriffen konfrontiert, die darauf gerichtet sind,

- die führende Rolle der Partei, ihre Politik zur Stärkung und Festigung der sozialistischen Staatsmacht und zur Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie, ihre Wirtschafts- und Sozial- sowie Bündnispolitik zu verleumden und einen Widerspruch zwischen Partei und Volk zu konstruieren,
- die gemeinsam mit der UdSSR und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages praktizierte Friedens-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu diskreditieren, zu unterhöheln, insbesondere durch die Propagierung der Bedrohungslüge, durch massenhafte Verbreitung pazifistischen Gedankengutes und durch eine breitangelegte verleumderische Kampagne über die angebliche "Militarisierung der gesamten Gesellschaft" in der DDR,
- die Politik unserer Partei und des Staates zur Festigung und Vertiefung des Bruderbundes mit der UdSSR und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft sowie die in diesem Zusammenhang entwickelten Aktivitäten zur weiteren Stärkung der Einheit und Geschlossenheit der Bruderländer in Zweifel zu ziehen,

- mit der verstärkten Propagierung nationalistischer und revanchistischer Thesen, von imperialistischen Freiheits- und Menschenrechtsparolen Druck auf unsere Partei- und Staatsführung im Sinne der Durchsetzung sogenannter humanitärer Forderungen auszuüben, das Staats- und Rechtsbewußtsein der Bürger der DDR zu zersetzen und sie zum ungesetzlichen Verlassen der DDR bzw. zur Übersiedlung in nicht-sozialistische Staaten und nach Westberlin zu inspirieren.

Allen diesen ideologischen Angriffen des Gegners liegt die eindeutig erkennbare Absicht zugrunde, die weitere Ausprägung sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen zu behindern, unter breiten Kreisen der Bevölkerung Zweifel an der Richtigkeit und Realisierbarkeit der Beschlüsse des X. Parteitages der SED, Unsicherheit und Unruhe zu erzeugen sowie Feinde, andere negative Kräfte und politisch schwankende, ungefestigte Personen zu Handlungen gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu aktivieren.

Im Vorgehen des Gegners zeichnet sich immer deutlicher sein Bestreben ab, unter Butzung jeglicher sich ihm bietender Ansatzpunkte vor allem unter Teilen der Arbeiterklasse Zweifel und Unzufriedenheit zu schüren, Desinteresse, Inaktivität und Disziplinlosigkeit sowie letztendlich Konflikte und Spannungen hervorzurufen.

000019

BStU  
000021

15 a

Dabei ist er bestrebt, an vorhandene komplizierte ökonomische und soziale Probleme, aber auch an Mängel und Hemmnisse anzuknüpfen. Das betrifft unter anderem Probleme aufgrund fehlender Rohstoffe und Materialien, der Einführung neuer Lohnformen und Normen, bis hin zu zeitweiligen Lücken in der Versorgung der Bevölkerung.

Das betrifft immer mehr aber auch solche Probleme, die sich aus der komplexen sozialistischen Rationalisierung, aus der Modernisierung und Rekonstruktion, aus Erfordernissen der effektivsten Auslastung der Produktionsanlagen und des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens ergeben.

Ziel des Gegners ist es, ideologische Einbrüche in Teile der Arbeiterklasse zu erzielen, sie in ihrem Kampf für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, für die allseitige Stärkung unserer Republik zu lähmen.

Der Gegner ist heute wesentlich stärker bestrebt, von ihm beeinflusste Kräfte, feindlich-negative, pseudopazifistische und andere oppositionell eingestellte Personen in unserem Land zu aktivem Handeln, zur Aktion gegen die sozialistische Ordnung zu führen und ihren organisatorischen Zusammenschluß zu erreichen.

300020

BStU  
000022

16

Bedeutende Aktivitäten zur zielgerichteten ideologischen Beeinflussung und Anleitung bestimmter feindlicher Kräfte, Gruppen und Gruppierungen gehen von den imperialistischen Geheimdiensten und ihren legalen Positionen unter westlichen Diplomaten und Korrespondenten, besonders aus der BRD und den USA, in der DDR aus.

Die mit dieser Zielstellung handelnden gegnerischen Zentren, Einrichtungen und Kräfte, insbesondere die westlichen Funkmedien, die sogenannten DDR- und Ostforschungseinrichtungen, Renegaten und Verräter unterschiedlichster politischer Schattierungen einschließlich derer, die zum wiederholten Male versuchen, eine "DDR-Emigration" zu organisieren, treten dabei zunehmend mit koordinierten, abgestimmten Aktionen in Erscheinung.

Um die Wirksamkeit der ideologischen Diversion weiter zu erhöhen, werden auch seitens der BRD von Jahr zu Jahr steigende finanzielle Mittel für den quantitativen und qualitativen Ausbau der materiell-technischen Basis der entsprechenden Einrichtungen bereitgestellt.

Wie ich bereits zu Beginn ausführte, dienen die ideologische Diversion und die subversiven Angriffe des Gegners in ihrer Gesamtheit dem hauptsächlichen Ziel, unter dem Deckmantel des Kampfes für Frieden und Abrüstung und unter Ausnutzung der Möglichkeiten der Kirchen auch in der DDR eine sogenannte staatlich unabhängige Friedensbewegung zu etablieren.

Mit der Verbreitung solcher Forderungen wie

- "Abrüstung in West und Ost,
- Friedenserziehung statt Wehrerziehung,
- Umverteilung der Mittel für die Landesverteidigung zugunsten des Umweltschutzes,
- mehr Freizügigkeit für Menschen, Meinungen und Ideen,
- Chancengleichheit für alle in Schule und Beruf" u. a.

hoffen die Organisatoren, zunehmend Resonanz in der Bevölkerung der DDR zu erreichen, schrittweise entsprechenden Einfluß zu erlangen und sich allmählich als "innere Opposition" profilieren zu können.

Bei alledem spekulieren der Gegner und zu seinen Zielgruppen zu zählende innere feindliche Kräfte nicht zu Unrecht darauf, daß es uns aufgrund des objektiv notwendigen Bündnisses mit der westlichen Friedens- und Antikriegsbewegung, mit Pazifisten und Christen im Westen und in unseren Ländern erschwert wird, gegen bei uns unter der Flagge des Friedenskampfes organisierte, in Wirklichkeit aber antisozialistische Ziele verfolgende Gruppen und Kräfte vorzugehen.

000024

BStU
000024
18

Selbstverständlich beurteilen wir das Vorgehen des Gegners und feindlicher Kräfte im Innern der DDR realistisch, unterscheiden wir sehr gewissenhaft zwischen ihren Plänen und Absichten und der tatsächlich erreichten Wirksamkeit.

Trotz großem Aufwandes ist es ihnen nicht gelungen, in unserer Republik eine "innere Opposition" und einen regelrechten politischen Untergrund zu schaffen, breite Bevölkerungskreise gegen unsere sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung aufzuwiegeln und die politische Stabilität in unserem Land zu untergraben. Unter Führung unserer Partei werden wir das auch in Zukunft zu verhindern wissen.

Wenn ich so offen zu den Problemen Stellung nehme, mit denen wir in der DDR im Zusammenhang mit der ideologischen Diversion des Gegners konfrontiert werden, dann vor allem, weil wir der Auffassung sind, daß nur von einer solchen objektiven Betrachtungsweise, von einer solchen Position aus eine erfolgreiche Bekämpfung der ideologischen Diversion und ihrer Wirkungerscheinungen gewährleistet, bereits den ersten Anzeichen, jeglichen Ansatzpunkten die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet werden kann und muß.

So müssen wir einschätzen, daß unter den verschärften Lagebedingungen ein größerer Kreis von Personen seine feindliche, oppositionelle Position offenbart hat, daß wir mit zunehmenden Aktivitäten zur Sammlung und Formierung antisozialistischer, oppositioneller bis hin zu politisch irreführten Personen konfrontiert sind.

Zum Beispiel gab es Bestrebungen zur Bildung von Gruppen, mit deren Hilfe die Einrichtung eines "sozialen Friedensdienstes" in der DDR erreicht werden sollte. Mittels einer organisierten Bewegung unter dem Schutz der Kirchen sollte Druck auf die Partei- und Staatsführung ausgeübt werden, um anstelle des Wehrdienstes mit der Waffe einen "sozialen Friedensdienst" in sogenannten humanitären Bereichen, in Krankenhäusern, Pflegeheimen usw. einzuführen, d. h. Forderungen durchzusetzen, die auf ein Unterlaufen der in der Verfassung und im Wehrdienstgesetz der DDR enthaltenen Pflichten zur Landesverteidigung abzielten.

Nachdem diese Bestrebungen durch differenzierte staatliche und operative Maßnahmen immer mehr zurückgedrängt wurden, werden wir nunmehr seit geraumer Zeit vor allem mit Versuchen antisozialistischer Kräfte - darunter der Drahtzieher der gescheiterten Versuche zur Organisierung eines sozialen Friedensdienstes - konfrontiert, weitere feindliche Kräfte, Pseudopazifisten und andere Oppositionelle um sich zu scharen und im Zusammenwirken mit gegenrisschen Kräften von außen demagogisch als "Friedenskreise" bezeichnete oppositionelle Gruppen bei uns zu bilden.

Diese "Friedenskreise" - so schwebt es dem Gegner und inneren feindlichen Kräften vor - sollen zu sogenannten Basisgruppen für die Verwirklichung der konterrevolutionären Ziele entwickelt werden.



Um ihre Existenz nicht zu gefährden und ihr antisozialistisches Wirken nicht aufs Spiel zu setzen, sind diese Vertreter bestrebt, mit ihren vielfältigen Aktionen möglichst unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz zu bleiben und durch den ständigen Wechsel der zur Anwendung kommenden Methoden den staatlichen Organen ein Einschreiten zu erschweren. Dabei werden aber auch von einigen dieser Kräfte demonstrativ-provokatorische Aktivitäten organisiert, Hetzflugblätter hergestellt und verteilt sowie Hetzlosungen geschmiert.

Vor allem in diesen "Friedenskreisen" üben reaktionäre kirchliche und andere antisozialistische Kräfte, darunter auch hinlänglich wegen ihrer oppositionellen Haltung bekannte Kräfte aus den Bereichen Kunst und Kultur, maßgeblichen Einfluß aus. Die antisozialistische Zielstellung dieser Führungskräfte zeigt sich besonders deutlich in von ihnen erarbeiteten sogenannten Leitlinien und Konzeptionen zur Verbreitung pseudopazifistischen, oppositionellen Gedankengutes, bei einzelnen aber auch in direkt gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Forderungen.

Die Organisatoren bedienen sich dabei auch konspirativer Mittel und Methoden, insbesondere zur Abdeckung und Verschleierung ihrer antisozialistischen Pläne und Absichten gegenüber den Organen der Staatsmacht, aber auch gegenüber ihren Sympathisanten und loyalen Kräften in den Kirchenleitungen.



Außerdem sind derartige Kräfte durch die Aufnahme einer Tätigkeit in kirchlichen Einrichtungen bzw. durch die Selbsternennung zu "freischaffenden Künstlern" bestrebt, sich bewußt der gesellschaftlichen Einflußnahme und Kontrolle zu entziehen, um sich größeren Spielraum für ihr Wirken zu verschaffen.

Kennzeichnend für das Vorgehen der in solchen "Friedenskreisen" wirkenden feindlichen Kräfte ist auch ihr Bestreben, sich zunehmend bestimmter Formen und Methoden des Kampfes in den imperialistischen und national unterdrückten Staaten, insbesondere der westlichen außerparlamentarischen Opposition und der westlichen Friedensbewegung, wie des gewaltlosen Widerstandes und des "zivilen Ungehorsams", zu bedienen. Vielfach geschieht das unter dem "Schutz" der Kirche, unter Ausnutzung ihrer räumlichen Möglichkeiten, während religiöser Veranstaltungen bzw. von ihr organisierter Foren und anderer Anlässe.

Die Palette reicht dabei von "Friedenswerkstätten", "Friedensmeditationen", "Fasten für den Frieden" bis zu Schweigedemonstrationen, Sammlung von Unterschriften zu Erklärungen und Petitionen und Eingaben an zentrale staatliche Organe und gesellschaftliche Organisationen.

000021

BSU  
000028  
22

Mit derartigen Aktionen wird das Ziel verfolgt, aus der Anonymität herauszutreten, sich "in den Schutz der Öffentlichkeit" zu begeben, im Zusammenwirken mit westlichen Journalisten Publizität in den gegnerischen Medien zu erhalten, eine Verbreitung ihrer feindlichen Zielstellungen zu erreichen und neue Anhänger und Sympathisanten zu gewinnen.

Zugleich geht es diesen Kräften darum, die Reaktion der staatlichen Organe, insbesondere der Sicherheitsorgane, zu testen, möglichst Präzedenzfälle zu schaffen und Druck auf die Staatsorgane auszuüben.

Damit sollen aber auch die loyalen Kräfte in den Kirchenleitungen noch stärker unter Druck gesetzt werden, sich ebenfalls für diese Kräfte und die von ihnen erhobenen Forderungen gegenüber dem Staat einzusetzen, sie gewissermaßen in die Obhut der Kirche zu nehmen.

Mit dem Ziel, Einfluß auf weitere gesellschaftliche Bereiche zu erlangen, neue Personengruppen für antisozialistische Handlungen zu inspirieren und zu mißbrauchen und damit die Basis zur Schaffung einer "inneren Opposition" zu verbreitern, werden die Versuche zur Schaffung einer "staatlich unabhängigen Friedensbewegung" zunehmend mit Bestrebungen zur Inspirierung einer klassenneutralen Umweltschutzbewegung und weiterer "alternativer Bewegungen und Initiativen", insbesondere in den Bereichen Kunst und Kultur, Wissenschaft und Forschung, aber auch im Freizeitbereich, letzteres durch die Propagierung sogenannter alternativer Lebensformen, verbunden. Häufig sind die Initiatoren und Organisatoren identisch, bestehen zwischen ihnen enge personelle Verflechtungen und Kontakte.

Zugenommen haben Bestrebungen, eine bestimmte Basis für eine sogenannte alternative Kunst bei uns zu schaffen. Das zeigt sich vor allem darin, daß oppositionelle, pazifistische, klassenneutrale, in einzelnen Fällen auch offen feindliche Auffassungen in die verschiedensten Formen und Inhalte von Kunst und Kultur eingebracht werden, um damit Grundlagen und Ausgangspunkte für eine Sammlungsbewegung unter bestimmten Kunst- und Kulturschaffenden zu entwickeln und mit spezifischen "künstlerischen" Mitteln insbesondere die Versuche zur Schaffung einer staatlich "unabhängigen" Friedensbewegung öffentlichkeitswirksam zu unterstützen.

Es gibt auch Versuche einzelner, auf feindlichen Positionen stehender Intellektueller und kirchlicher Amtsträger zur ideologischen Beeinflussung und Formierung "oppositioneller" Wissenschaftler auf der Grundlage einer sogenannten ideologiefreien Wissenschaftsethik. Ihre ideologische Plattform beinhaltet gezielte Angriffe gegen Grundlehren des Marxismus-Leninismus und enthält u. a. Forderungen nach "Demokratisierung" der Wissenschaft, nach einem "Recht auf Verweigerung" von übertragenen Aufgaben im Rahmen der Landesverteidigung und dem "Vorrang der Redepflicht gegenüber der Geheimhaltungspflicht".

Zu nennen sind auch Anstrengungen des Gegners und innerer feindlicher Kräfte, unter Mißbrauch solcher progressiven Losungen wie "Frauen für den Frieden", "Ärzte für den Frieden" weitere alternative Bewegungen und Initiativen gegen uns ins Leben zu rufen.

Sowohl durch Einwirkung von außen als auch durch antisozialistische Kräfte im Innern der DDR wird über die bereits dargestellten Aktivitäten hinaus vor allem auch immer wieder nach neuen Wegen gesucht, um Teile der Jugend im feindlichen Sinne zu beeinflussen und zu entsprechenden Handlungen zu inspirieren.

Dabei werden durch reaktionäre kirchliche Kräfte insbesondere die Möglichkeiten der kirchlichen Jugendarbeit genutzt. Wir stellen bereits seit längerer Zeit fest, daß diese Arbeit in ihrer Tendenz zunehmend den ursprünglich religiösen Charakter verliert. Immer stärker wird vor allem durch Gestaltung altersspezifischer, an bestimmte Interessen der Jugendlichen anknüpfender Veranstaltungen mit politischen und aktuellen gesellschaftlichen Bezügen versucht, hauptsächlich Schüler, Studenten und Lehrlinge zu gewinnen, sie mit pseudopazifistischem Gedankengut - häufig religiös verbrämt - vertraut zu machen und zu sogenannten alternativen Lebensweisen zu veranlassen.

Hierbei handelt es sich eindeutig um Versuche, vor allem über die Arbeiterjugend und die studentische Jugend letztlich Einbrüche in der Arbeiterklasse und der Intelligenz zu erreichen.

Wir übersehen auch nicht Bestrebungen reaktionärer kirchlicher Kräfte, sich verstärkt der Probleme der sogenannten Randgruppen, wie z. B. von Homosexuellen bzw. von kriminell gefährdeten bis hin zu wegen dekadenter und asozialer Lebensweise bekanntgewordenen Jugendlichen anzunehmen, um diese Personen für die Verwirklichung ihrer Ziele zu mißbrauchen.

Der anhaltende Druck, die weiter gesteigerte ideologische Einflußnahme durch den Gegner zeigen sich unter unseren Bedingungen nicht zuletzt in der seit Jahren kaum veränderten Entwicklung der Versuche ungesetzlicher Grenzübertritte - wobei bald diese, bald jene Methode überwiegt - sowie in der relativ hohen Zahl von Antragstellern auf eine Übersiedlung in den Westen. Besonders die zuletzt genannten Kräfte versucht der Gegner in jüngster Zeit verstärkt zusammenzuschließen, zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen zu veranlassen, mit "Friedenskreisen" in Verbindung zu bringen und mit großem propagandistischen Aufwand als Oppositionelle auszugeben.

Soweit, in Fortsetzung unseres Erfahrungsaustausches auf der Beratung in Moskau, einige verallgemeinerte Erkenntnisse aus der Sicht des MfS über bestimmte Aktivitäten äußerer und innerer feindlicher Kräfte.

Lassen Sie mich noch einmal unterstreichen, daß der Feind auch künftig mit derartigen Machenschaften nicht durchkommen wird. Seine Bestrebungen, bei uns ideologisch Fuß zu fassen, die führende Rolle der Partei, die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu untergraben und die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu destabilisieren, werden wie bisher nachhaltig unterbunden.

Werte Genossen!

Das Entscheidende ist auch für uns, alle Versuche zur Schaffung einer inneren Opposition, zur Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit noch wirksamer vorbeugend zu verhindern. Wir sind uns darüber klar, daß das auch weiterhin verlangt, uns konsequent von der Grundorientierung unserer Partei leiten zu lassen, wonach es sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die offensiv und vor allem mit politischen Mitteln gelöst werden muß. Seit längerem konzentrieren wir uns vor allem darauf, die Formierung feindlicher Kräfte im Innern der DDR vorbeugend zu verhindern.

Durch die offensive und kombinierte Anwendung politischer, ideologischer, staatlicher, rechtlicher und operativer Maßnahmen sind wir bestrebt, den Mißbrauch der Kirchen und Religionsgemeinschaften als Sammelbecken antisozialistischer und oppositioneller Kräfte aller Schattierungen zu unterbinden, die Versuche des Gegners und reaktionärer kirchlicher Kräfte, eine offene Konfrontation mit dem Staat herbeizuführen und die Kirche als politischen Faktor zu etablieren, zurückzuweisen und die auf sachliche, verfassungsrechtliche und verständnisvolle Beziehungen zwischen Staat und Kirche abzielende Politik unserer Partei in Kirchenfragen zu unterstützen.



Dabei hat sich insbesondere bewährt, die vielfältigen Möglichkeiten unserer politisch-operativen Arbeit umfassend zu nutzen, um die Partei in ihrer politisch-ideologischen Arbeit zur Mobilisierung staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen, Organisationen und Kräfte, darunter des Jugendverbandes, des Friedensrates der DDR, der Nationalen Front und der Gewerkschaften zu unterstützen. Gleiches gilt auch für die Arbeit in den Lehr- und Ausbildungsstätten im Bereich der Volksbildung, des Hoch- und Fachschulwesens, des Gesundheitswesens und der Kultur.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die neue Lage die noch differenziertere Einbeziehung der verschiedensten Bevölkerungsgruppen in den Kampf zur Bewältigung der damit verbundenen Aufgaben, aller gesellschaftspolitischen Aufgabenstellungen erfordert.

Unsere Partei orientiert darauf, daß sich daraus höhere Anforderungen an den Inhalt, an die Qualität der Arbeit mit den verschiedenen Bevölkerungs- und Interessengruppen in unserer sozialistischen Gesellschaft ergeben, daß es darauf ankommt, anknüpfend an ihre spezifischen Interessen, ideologischen Haltungen und Verhaltensweisen eine differenziertere politisch-ideologische Arbeit zu leisten, um diese Menschen tatsächlich zu erreichen, sie zu einem gesellschaftskonformen Verhalten zu bewegen und dieses abzusichern.



100035

BStU  
000035  
30

Davon lassen wir uns auch im Kampf gegen die Versuche des subversiven Mißbrauchs der Kirchen bzw. der Religion leiten. Durch geeignete Maßnahmen werden progressive und politisch-loyale Kräfte in den Kirchenleitungen aller Ebenen in ihren Positionen und Haltungen gestärkt, um sie in aktive Maßnahmen zur Zurückdrängung des Einflusses feindlicher Kräfte einzubeziehen und den Polarisierungsprozeß in bzw. zwischen den kirchenleitenden Gremien zu verstärken. Die Kirchenleitungen werden vor solche Entscheidungssituationen gestellt, die sie veranlassen, die erforderlichen Auseinandersetzungen mit den unter dem Schutz der Kirche operierenden reaktionären kirchlichen u. a. feindlichen Kräften nicht mehr vorrangig zwischen Staat und Kirche, sondern zunehmend innerkirchlich auszutragen und derartige Personen durch die Kirchenleitungen selbst zu disziplinieren.

Die bisher in Durchsetzung dieser Orientierung der Partei gewonnenen Erfahrungen unterstreichen, daß es sich hierbei um einen längerfristigen Prozeß handelt, der keine kampagnehaften Aktionen duldet. Nur durch das koordinierte und abgestimmte Zusammenwirken mit den zuständigen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften sind entsprechende Ergebnisse zu erzielen. Das wurde auch durch den bisherigen Verlauf der kirchlichen Veranstaltungen im Rahmen der Veranstaltungen zum 500. Geburtstag Luthers bestätigt.

Bewährt haben sich in unserem Kampf auch die politisch überlegte Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit sowie die konsequente und politisch kluge Handhabung der rechtlichen Möglichkeiten bei der Bekämpfung von Aktivitäten im Sinne politischer Untergrundtätigkeit.

Besonderen Wert legen wir dabei auf ein differenziertes Vorgehen. Einerseits wenden wir uns mit aller Konsequenz - wenn erforderlich, auch mit der Härte des Gesetzes - gegen solche Kräfte, die trotz vielfältigster politischer Einflußnahme hartnäckig auf ihren gegen die staatliche Ordnung gerichteten Positionen beharren und anti-sozialistische Aktivitäten durchführen.

Mit aller Entschiedenheit, wenn notwendig auch unter Anwendung strafrechtlicher Mittel, gehen wir gegen Inspiratoren und Organisatoren der sogenannten staatlich unabhängigen Friedensbewegung und anderer "alternativer" Bewegungen sowie gegen die von ihnen ausgehenden Aktivitäten zur Bildung feindlicher Gruppierungen bzw. zur Durchführung provokativ-demonstrativer Aktionen und Handlungen vor.

Andererseits wird verstärkt ideologisch mit jenen gearbeitet, die sich unter dem Einfluß der ideologischen Diversion und des Wirkens feindlicher Kräfte zeitweilig verwirren lassen und als Anhänger oder Sympathisanten von bestimmten Gruppierungen bzw. als Teilnehmer an bestimmten Aktionen bekannt werden.

Das Ziel besteht darin, sie von ihren falschen politischen Positionen und ihrem nicht gesellschaftsgemäßen Verhalten abzubringen, sie aus derartigen Gruppierungen herauszulösen und für unsere Gesellschaft zurückzugewinnen. In diesem Zusammenhang achten wir besonders darauf, alles zu vermeiden, was zu einer stärkeren "Solidarisierung" derartiger Kräfte führen kann.

Die Bekämpfung der ideologischen Diversion und politischer Untergrundtätigkeit betrachten wir als eine Aufgabe aller operativen Diensteinheiten und als eine Anforderung an alle operativen Prozesse.

Durch eine systematische und zwischen den operativen Diensteinheiten der Aufklärung und der Abwehr koordinierte objekt-, personen- und vorgangsbezogene Arbeit im und nach dem Operationsgebiet sind wir um noch umfassendere, rechtzeitige und konkrete Erkenntnisse über die Pläne, Absichten und Maßnahmen gegnerischer Zentren, Feindorganisationen und Kräfte, ihr Verbindungs- und Kuriersystem sowie operativ bedeutsame Kontakte bemüht.

Einen Schwerpunkt in unserer vorbeugenden Tätigkeit bilden die verstärkte Suche, Auswahl und Gewinnung inoffizieller Mitarbeiter und ihr gezielter Einsatz in erkannten oder sich in der Tendenz abzeichnenden feindlichen Gruppen oder Gruppierungen.

10.10.53

Großen Wert legen wir auch auf die gründliche Instruierung und Qualifizierung der bereits in solchen Zusammenschlüssen tätigen inoffiziellen Mitarbeiter.

Mit allen diesen Maßnahmen geht es uns darum, verstärkt in Personenkreise einzudringen, die als Inspiratoren und Organisatoren feindlicher Gruppierungen und öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten/Aktionen, als Verbindungsleute zu gegnerischen oder antisozialistischen Kräften in anderen sozialistischen Staaten oder als Verfasser und Verbreiter antisozialistischer Konzeptionen in Erscheinung treten. Darüber hinaus widmen wir uns - auch aus perspektivischer Sicht - zunehmend der Verstärkung der inoffiziellen Basis unter solchen Personenkreisen, die besonders unter dem Einfluß bzw. im Blickpunkt des Gegners und feindlicher Kräfte im Innern stehen.

Bereits auf der Beratung in Moskau haben wir ausführlich über die Problematik "Wer ist wer?" gesprochen.

Unsere operative Praxis bestätigt, daß die zielgerichtete Klärung der Frage "Wer ist wer?" ein immer dringenderes Erfordernis, vor allem für die vorbeugende Arbeit, und Bestandteil aller operativen Prozesse sein muß. Hilft sie uns doch, zunehmend konkreter herauszuarbeiten, wer ein Feind ist, wer zum möglichen Reservoir des Gegners zählt, wer zu den politisch Schwankenden oder Irregeleiteten gehört, aber auch auf wen Verlaß ist und wer für unsere Arbeit gewonnen werden kann.

BStU 000039
----------------

Im engen Zusammenhang damit steht die operative Personenkontrolle. Wir unternehmen große Anstrengungen, operativ bedeutsame Personen unter ständiger Kontrolle zu halten, um von derartigen Kräften ausgehende Gefahren rechtzeitig zu erkennen und abzuwenden. Die Praxis lehrte uns dabei, auch die operative Kontrolle über bereits entlarvte feindliche Kräfte, die ihre Strafe verbüßt haben oder weitgehend gesellschaftlich isoliert wurden, systematisch fortzusetzen, da solche Personen unter bestimmten Bedingungen und Umständen durchaus erneut aktiv werden können.

Besonders große Aufmerksamkeit widmen wir der weiteren Qualifizierung der operativen Vorgangsbearbeitung. Vor allem damit soll ein zunehmend größerer Beitrag zur vorbeugenden Verhinderung von feindlichen Aktivitäten im Sinne der Inspizierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit geleistet werden.

Angesichts des immer engeren Zusammenwirkens äußerer und innerer feindlicher Kräfte, ihrer vielfältigen überregionalen Querverbindungen und des Wirksamwerdens dieser Kräfte in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen haben wir damit begonnen, Maßnahmen einzuleiten, um die zentrale Koordinierung und Leitung der operativen Vorgangsbearbeitung auf diesem Gebiet in unserem Ministerium weiter auszubauen und zu vervollkommen.

000038

BStU

000040

35

So richten wir besonderes Augenmerk auf die weitere Qualifizierung der zentralisierten, komplexen und koordinierten Bearbeitung von mit Handlungen im Sinne politischer Untergrundtätigkeit in Erscheinung getretenen Personen und Personengruppierungen im Rahmen von Zentralen Operativvorgängen.

Eine wichtige Erfahrung besteht für uns darin, alle bei der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit gewonnenen bedeutsamen operativen Informationen und Erkenntnisse unverzüglich zusammenzuführen, umfassend auszuwerten und für die politisch-operative Arbeit aller Dienststellen unmittelbar nutzbar zu machen.

Als eine sehr wichtige Seite der Bekämpfung der ideologischen Diversion des Gegners betrachten wir die Aufgabe, jederzeit eine reale und umfassende Lageeinschätzung sowie eine qualifizierte Informationstätigkeit gegenüber der Partei- und Staatsführung, allen zuständigen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen zu gewährleisten. Die analytische Arbeit richten wir deshalb immer stärker darauf aus, rechtzeitig neue Erscheinungen und Entwicklungstendenzen im Vorgehen äußerer und innerer Feinde zu erkennen und ein rasches Reagieren zu sichern, noch vorausschauender zu bestimmen, wo, wie und mit welchen Mitteln und Methoden der Gegner angreifen wird und die Umstände und begünstigenden Bedingungen für das Wirken derartiger Kräfte aufzudecken und zu beseitigen.



Werte Genossen!

Das MfS wird auch weiterhin alles in seinen Kräften Stehende tun, um die vereinbarte Zusammenarbeit mit den Bruderorganen in allen Richtungen zu vertiefen.

Aus unserer Sicht sollten wir uns bei der weiteren Vervollkommnung unserer Zusammenarbeit vor allem auf folgende Aufgaben konzentrieren:

- Verstärkung der Aufklärung feindlicher Zentren und Kräfte, besonders der Strategie- und Koordinierungszentren sowie der imperialistischen Geheimdienste, ihrer Pläne und Absichten auf dem Gebiet der ideologischen Diversion und der Organisation politischer Untergrundtätigkeit.
- Herausarbeitung und Realisierung noch wirksamerer Maßnahmen zur Bekämpfung der Versuche, oppositionelle Bewegungen und feindliche Organisationen in unseren Ländern unter dem Schutz der Kirchen und unter dem Deckmantel des Eintretens für den Frieden und den Schutz der natürlichen Umwelt zu organisieren sowie der Versuche, die Kirchen als Sammelbecken zur Formierung feindlicher Kräfte und pseudopazifistischer, oppositioneller Bewegungen zu mißbrauchen, ihren politischen Einfluß zu erweitern und religiöse Anschauungen zu verbreiten.
- Organisation der erforderlichen gemeinsamen operativen Maßnahmen, bis hin zur Bearbeitung von Operativ-Vorgängen, zur wirksameren Verhinderung und Bekämpfung der Versuche gegnerischer und innerer feindlicher Kräfte, ihr antisozialistisches Vorgehen zu "internationalisieren", ihre Kontakthandlungen auf die Territorien anderer sozialistischer Länder zu verlagern und zu intensivieren.

- Herausarbeitung und Abstimmung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung des Mißbrauchs der Ergebnisse des KSZE-Nachfolgetreffens in Madrid durch den Gegner für seine subversive Tätigkeit, besonders die ideologische Diversion und die Organisierung politischer Untergrundtätigkeit sowie gemeinsame, abgestimmte Vorbereitung auf die vereinbarten Expertentreffen zu Fragen der Menschenrechte und der menschlichen Kontakte.
- Organisierung einer noch wirksameren Konterpropaganda zur zielgerichteten Entlarvung feindlicher Zentren und Kräfte, Abstimmung entsprechender Schwerpunkte und Verstärkung des Erfahrungsaustausches über erfolgreich angewandte Mittel und Methoden.
- Erhöhung der operativen Beweglichkeit bei der Koordinierung der gemeinsamen Arbeit, um vor allem die Wirksamkeit und Handlungsfähigkeit unserer Organe im Kampf gegen den Feind zu stärken und noch schneller und rechtzeitig auf die in unseren Ländern jeweils anstehenden Probleme reagieren zu können.
- Verstärkung und Erhöhung der Schnelligkeit und Konkretheit im Informationsaustausch über Pläne, Absichten, Kräfte, Mittel und Methoden äußerer und innerer Feinde.



- Verstärkung des Erfahrungsaustausches über die Rechtsanwendung und die weitere Entwicklung des sozialistischen Rechts, die Untersuchungsarbeit und das Zusammenwirken mit anderen Organen und Einrichtungen zur wirksameren vorbeugenden Verhinderung und Zurückdrängung der ideologischen Diversion und politischen Untergrundtätigkeit.

Werte Genossen!

Die Delegation des MfS wird ihren Beitrag leisten, um einen erfolgreichen Verlauf dieser Beratung zu sichern. Sie begrüßt zugleich die Möglichkeit zweiseitiger Beratungen mit den anderen Bruderorganen.

Möge unsere Beratung dazu beitragen, eine noch höhere Wirksamkeit im Kampf gegen die Wühl- und Zersetzungstätigkeit des Gegners zu erreichen, um seinem Kreuzzug die verdiente Abfuhr zu erteilen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.